

Europapolitik: «Liechtenstein sollte mehr darüber streiten und die Schweiz weniger»

30 Jahre nach den EWR-Entscheiden geht das Liechtenstein-Institut der Frage nach, wo die Schweiz und Liechtenstein europapolitisch stehen.

Elias Quaderer

Im kommenden Jahr wird Liechtenstein das hundertjährige Jubiläum des Zollvertrags mit der Schweiz feiern. Das am 29. März 1923 geschlossene Abkommen gilt als Grundstein für die engen Beziehungen zwischen dem Fürstentum und der Eidgenossenschaft. Gerade Liechtensteins Aussenpolitik war lange Zeit völlig auf die Schweiz ausgerichtet. Vor 30 Jahren beschlossen die beiden Partnerstaaten aber, in puncto europäischer Integration unterschiedliche Wege einzuschlagen: Am 6. Dezember 1992 sprach sich die Schweiz mit 50,2 Prozent Nein-Stimmen gegen den EWR-Beitritt aus. Nur eine Woche später stimmte in Liechtenstein eine Mehrheit von 55,8 Prozent für den Beitritt. Das Liechtenstein-Institut nahm gestern das anstehende Jubiläum der EWR-Abstimmungen zum Anlass, um Bilanz zu ziehen: Wie hat sich seit diesem Entscheid die Europapolitik der beiden Staaten entwickelt?

Die europapolitische «Kakofonie» der Schweiz

Wie die Schweiz nach dem EWR-Nein ihre Beziehung zu Europa gestaltete, beleuchtete Marc Bühlmann, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bern. Dabei betonte er aber gleich zu Beginn seines Referats: «Die Schweiz hat nicht



Professor Marc Bühlmann und Christian Frommelt, Direktor des Liechtenstein-Instituts, erklärten, wie sich die Europapolitik der Schweiz und Liechtenstein seit 1992 entwickelte. Bild: Tatjana Schnalzger

nur eine Beziehung zu Europa, sondern viele verschiedene.» So haben die vier Parteien im Bundesrat völlig unterschiedliche Konzeptionen, wie das ideale Verhältnis zwischen der Schweiz und der Europäischen Union aussehen sollte. Die SVP ist spätestens seit der EWR-Abstimmung 1992 «bei der Europapolitik zur Nein-Partei geworden», so Bühlmann. Die beiden bürgerlichen Parteien FDP und

CVP befürworteten dagegen zunächst eine europapolitische Öffnung der Schweiz. Mittlerweile halten sie aber die bilateralen Verträge, mit denen sich die Schweiz den Zugang zum EU-Binnenmarkt sichert, für den Königsweg. Die SP hält hingegen in ihrem Parteiprogramm nach wie vor am EU-Beitritt fest. Aber laut Professor Bühlmann handelt es sich mehr um ein «Ja, aber». Denn die Sozialdemokra-

ten wollen einen Beitritt erst anvisieren, sobald bestimmte Bedingungen erfüllt sind.

Neben den Parteipositionen gibt es aber auch je nach Politikfeld enorme Unterschiede, wie sich die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU gestalten. «In der Wirtschaftspolitik hat die Schweiz fast keine Probleme mit der EU», erklärt Marc Bühlmann. Anders sieht es im Bereich Agrarpolitik aus. «Hier

sprechen wir von einer «Null-Beziehung» zwischen der Schweiz und der EU.» Die Folge dieser unterschiedlichen Verhältnisse zu Brüssel sei aber, dass die Schweiz nicht mit geeinter Stimme spreche. Stattdessen herrsche bei der Europapolitik eine «Kakofonie». Dies erweist sich gerade jetzt als ein Problem, da es gilt, die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU neu zu regeln. Die Union wollte dies über ein Rahmenabkommen erreichen. Aber vergangenes Jahr brach die Schweiz die Verhandlungen für ein solches Abkommen ab. Seitdem «stehen die Beziehungen Schweiz-EU im luftleeren Raum». Aber Bühlmann gab sich zuversichtlich, dass doch noch eine Lösung gefunden wird. Denn «auch auf dem Scherbenhaufen des EWR-Neins entstand letztlich etwas, mit dem wir für 30 Jahre gut gefahren sind».

EWR-Mitgliedschaft als Souveränitätsgewinn

Eine Bilanz zu Liechtensteins Europapolitik seit 1992 zog Instituts-Direktor Christian Frommelt. Der augenscheinlichste Unterschied zur Schweiz ist dabei, wie wenig politisiert und emotionalisiert die Debatte in Liechtenstein ist. Nach Umfragen sehen drei Viertel der Bevölkerung die EWR-Mitgliedschaft positiv. Keine Partei versucht sich mit ihrer Gegnerschaft zum EWR zu profilieren. Genauso

wenig steht aber auch ein EU-Beitritt Liechtensteins zur Debatte. Als Gründe für den hohen Rückhalt der EWR-Mitgliedschaft nannte Frommelt unter anderem die gute wirtschaftliche Entwicklung, die das Land nach seinem Beitritt erlebte. Auch wird in den Augen der Liechtensteiner die Mitgliedschaft im Wirtschaftsraum als Souveränitätsgewinn gesehen. «Waren wir zuvor allein von der Schweiz abhängig, sind wir nun von der Schweiz und dem EWR abhängig. Wir konnten unsere Abhängigkeiten streuen», so Frommelt. Und nicht zuletzt trug zum positiven EWR-Bild bei, dass die EU «den Integrationswillen Liechtensteins in Form spezifischer Regelungen honorierte» – wie etwa im Bereich der Zuwanderung.

Aber der Politologe warnt davor, dass sich das Land auf der Position «Wir sind glücklich im EWR» ausruht. Er gab zu bedenken, dass es sich beim EWR-Abkommen um einen statischen Vertrag handle. Es werde sich künftig die Frage stellen, wie dieser den zunehmend dynamischeren Integrationsprozessen der EU gerecht werden kann. Darum sei es nötig, dass auch in Liechtenstein über die Zukunft der Europapolitik nachgedacht wird. Oder wie Christian Frommelt es im Schlusswort formulierte: «Liechtenstein sollte mehr über Europapolitik streiten und die Schweiz weniger.»

Migros in Schaan wird umgestaltet

Die grossen Räumlichkeiten werden neu unterteilt. Ein zusätzlicher Laden entsteht.

Die Migros Ostschweiz schrieb gestern in ihrer Medienmitteilung, dass sie die Filiale in Schaan umgestalten werde. Eine neue Ladenfläche entsteht, für welche die Migros Ostschweiz einen Mieter sucht. Ebenso ist noch eine bereits bestehende Gewerbefläche frei. Die Umbauarbeiten sollen von Frühling bis Herbst 2023 dauern.

Anreize für Kunden schaffen

In diesem Zug wird die Migros in Schaan verkleinert. Laut Pressesprecherin Silke Seichter rührt die Entscheidung nicht daher, dass die Filiale zu wenig Geld abwerfe. «Wir verbuchen weder einen zu kleinen Umsatz oder eine zu tiefe Besucherfrequenz», so Seichter. Ein finanzieller Anreiz besteht aber dennoch: Durch einen weiteren Laden soll das Angebot im Gebäude erweitert werden. Der Kunde im neuen Geschäft könne im selben Zug seine Lebensmitteleinkäufe erledigen. Seichter sagt: «Mit einem breiten Angebot versuchen wir, mehr Kunden anzuziehen.» Aktuell sind vor Ort auch das Restaurant La Casa, der Coiffeur Magic und Getränkehändler Esen



Das neue Angebot soll weitere Kunden anziehen.

Bild: Nils Vollmar

Anstalt vertreten. «Mit diesen führt die Migros Ostschweiz Gespräche zur Verlängerung der Mietverträge», wie es in der Medienmitteilung heisst.

Nachhaltigkeit wird intensiviert

Durch die Redimensionierung soll der Eingangsbereich in die Mitte des Gebäudes verlegt werden. Der Parkplatz erfährt

aber keine Umstrukturierung. 2013 wurde die Migros in Schaan das letzte Mal modernisiert. Laut Seichter werden alle Filialen in einem bestimmten Rhythmus modernisiert. «Heute würden wir die Geschäftsfläche nicht so gross planen», so Seichter. Dies würde nicht dem Kundenbedürfnis entsprechen. Die Gebäudetechnik soll auch dem gesell-

schaftlichen Bewusstsein für Nachhaltigkeit entsprechen. Die Eigentümerin Edith Heeb-Hasler plant mit Liechtenstein Wärme einen Anschluss an die Fernwärme. Bereits seit 2017 leistet eine Fotovoltaikanlage auf dem Dach des Gebäudes einen wichtigen Beitrag zur Energieversorgung.

Damian Becker

Pandemieende?: «Davon zu sprechen, wäre noch verfrüht»

Regierungsrat Manuel Frick liess nach dem Treffen der Gesundheitsminister wissen, dass Einigkeit dahingehend geherrscht habe, dass nun der Übergang von der pandemischen in die endemische Phase gut gemanagt werden müsse. Von einem Ende der Pandemie zu sprechen, wäre allerdings noch verfrüht, wie das Ministerium für Gesellschaft und Kultur auf Nachfrage mitteilt. «Es ist unklar, wie sich die epidemiologische Situation global weiter entwickelt.» Dass die Covid-19-Pandemie in eine endemische Phase übergehen werde, sei unter Fachpersonen unbestritten – die Frage sei lediglich, wann das der Fall sein wird. Endemisch bedeute in diesem Zusammenhang, dass die Krankheit grösstenteils vorhersehbar und kontrollierbar sei, wie beispielsweise die saisonale Grippe. «Es ist zu beach-

ten, dass die Weltgesundheitsorganisation die Pandemie ausgerufen hat. Nur sie kann diese offiziell für beendet erklären, was abhängig von der globalen Situation ist», teilt das Ministerium mit.

Bezüglich des angesprochenen «Managements» gehe es um die Abschaffung verpflichtender Schutzmassnahmen zur Eindämmung der Pandemie, die in einigen Ländern bzw. Regionen noch gelten. «Für Liechtenstein stellt sich diese Frage nicht mehr. Andererseits stellt sich bei dem Übergang die Frage, wie lange Covid-spezifische Infrastrukturen – in Liechtenstein konkret die Teststrasse und das Impfzentrum – aufrechterhalten werden und wie die Erkrankung in Medizin, Wissenschaft und Gesundheitspolitik integriert wird.»

Desirée Vogt



www.zmittag.li